

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung am Donnerstag, dem 17.03.2022 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:34 Uhr

Ende: 17:50 Uhr

Anwesenheit:CDU-Kreistagsfraktion

Allendorf, Julian, Dr.  
Bolte, Rainer  
Brambrink, Markus  
Danielczyk, Ralf **Vertretung für Herrn Marc Heinrichmann**  
Goehrmann, Josef, Prof. Dr.  
Kleerbaum, Klaus-Viktor  
Lenter, Andreas  
Löcken, Claus  
Mondwurf, Günter  
Wenning, Thomas, Dr. **Vertretung für Herrn Werner Schulze Esking**  
Wessels, Wilhelm  
Wobbe, Ludger **Vertretung für Herrn Michael Merten**

SPD-Kreistagsfraktion

Pohlschmidt, Anke  
Tasler, Matthis  
Vogt, Hermann-Josef **Vertretung für Herrn Manfred Kunstlewe**  
Waldmann, Johannes

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Dropmann, Wolfgang **Vertretung für Herrn Ulrich Kraft**  
Jansen, Patrick **Vertretung für Frau Elisabeth Niermann**  
Lützenkirchen, Christoph  
Mühlenbäumer, Sarah  
Oertel, Waltraud

FDP-Kreistagsfraktion

Schürkötter, Ingo Robert

UWG-Kreistagsfraktion

Kirstein, Günter, Dr.

FAMILIE-Kreistagsfraktion

Geuking, Niels

Gäste

Heuermann, Kathrin  
**Projektmanagerin Smarte.Land.Regionen**  
Klumpe, Patrick  
**Projektmanager Smarte.Land.Regionen**  
Mense Oliveira, Helena  
**Digitalagentur Kreis Coesfeld**

Verwaltung

Tepe, Linus, Dr.  
Brockkötter, Ulrike  
Mohring, Wilfried (bis TOP 1)  
Schütt, Detlef (bis TOP 1)  
Raabe, Mathias  
Daldrup, Kathrin  
**Schriftführerin**  
Lügering, Jannik  
**Schriftführer**

Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Zu Beginn begrüßt der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann die drei Gäste Frau Helena Mense Oliveira, Frau Kathrin Heuermann und Herrn Patrick Klumpe.

Der TOP 1 der Tagesordnung muss krankheitsbedingt auf die nächste Sitzung verschoben werden. Zudem wird im Einvernehmen der Anwesenden der TOP 3 der Tagesordnung an erster Stelle vorgezogen.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

#### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Mobilfunkmessungen im Kreis Coesfeld  
Vorlage: SV-10-0501
- 2 Sachstandsbericht zum Modellvorhaben Smarte.Land.Regionen  
Vorlage: SV-10-0502
- 3 Antrag der CDU-Fraktion zum Fachkräftemangel  
Vorlage: SV-10-0465
- 4 Errichtung eines Parkhauses auf dem kreiseigenen Grundstück an der Friedrich-Ebert-Str.  
Vorlage: SV-10-0500
- 5 Beschluss zur ersten Änderung der Haushaltssatzung für das Jahr 2022 (hier: § 3 - Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen)  
Vorlage: SV-10-0453
- 6 Aufhebung von Sperrvermerken im Haushaltsplan 2022 (37.000 EUR bei Investitionsnummer 160312KH01 - Lizenzen und Programme für Fachabteilungen für den Bereich Finanzwesen - digitaler Haushalt - Berichtswesen / konsumtive Ermächtigung: 10.000 EUR für Support, Wartung etc.)  
Vorlage: SV-10-0487
- 7 Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel zur Bewältigung des Zuzugs ukrainischer Staatsangehöriger  
Vorlage: SV-10-0518
- 8 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates

- 9 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

**TOP 1 öffentlicher Teil**

SV-10-0501

**Mobilfunkmessungen im Kreis Coesfeld**

Aus krankheitsbedingten Gründen wird dieser Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung verschoben.

**TOP 3 öffentlicher Teil**

SV-10-0465

**Antrag der CDU-Fraktion zum Fachkräftemangel**

Der TOP 3 wurde einvernehmlich vorgezogen.

Ktabg. Lützenkirchen dankt zunächst der Verwaltung für die ausführliche Antwort auf die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.02.2022 (Anm.: Antwort auf die Anfrage ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt). Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde dem Antrag zustimmen. Er bittet um eine Vorstellung im Ausschuss, welche Berufe tatsächlich benötigt werden.

Dezernent Schütt berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Schule und Integration am 16.03.22, in dem dieser Tagesordnungspunkt ebenfalls beraten worden sei. Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise sei die Frage aufgekommen, wie schnell man aktuell vorankommen könne. Der Arbeitsmarkt des Kreises Coesfeld sei auch von den Nachbarkreisen abhängig. Sofern eine solche Kampagne gestartet werden solle, müsse damit gerechnet werden, dass zusätzlicher Personal- und Finanzaufwand benötigt werde.

Ktabg. Waldmann signalisiert, dass der Antrag von der SPD-Fraktion unterstützt werde. Sofern die Verwaltung mehr Personal in der aktuellen Lage benötige, würden sie wohlwollend und zielorientiert dafür abstimmen und dies unterstützen. Der Fachkräftemangel sei ein sehr wichtiges Thema und müsse proaktiv angegangen werden. Es seien konkrete Ideen erforderlich, um den Standort Kreis Coesfeld attraktiver zu gestalten. Er habe die Erfahrung gemacht, dass vielen jungen Menschen ein Überblick zu den zahlreich vorhandenen Berufen fehle. Daher müsse man frühzeitig auf berufliche Möglichkeiten hinweisen, wie zum Beispiel durch eine digitale Praktikumsbörse, die von der SPD-Fraktion vor einiger Zeit beantragt wurde.

Ktabg. Kleerbaum sehe hier eine gute Möglichkeit zur Weiterführung der Aktivitäten des Kreises. Der Kreis Coesfeld sei durch viele gute Entscheidungen bisher gut durch die aktuell schwierige Zeit gekommen. Dies zeige sich in der niedrigen Arbeitslosenquote, die flexible Wirtschaft und die Entwicklungen im Bereich Schule und Berufskollegs. Es sei allerdings fraglich, ob man eine Prognose für die Situation in 10 Jahren abgeben könne.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann über den Beschlussvorschlag der CDU-Kreistagfraktion abstimmen.

**Beschluss:**

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

Der Kreis Coesfeld entwickelt und beschließt Strategien und Maßnahmen der Nachwuchsförderung zur Verringerung des aktuellen und in naher Zukunft zu erwartenden erheblichen Mangels an qualifizierten Fachkräften in gewerblich-technischen Berufen.

Dazu werden – gemeinsam mit Vertretern der BKs, der HWK/Kreishandwerkerschaft, der IHK, der wfc und der Agentur für Arbeit, des Jobcenters sowie mit relevanten Vertretern der Kreisverwaltung und Kreispolitik – nach einer kritischen Bestandsaufnahme und Evaluation der bisherigen Maßnahmen Handlungsstrategien, Kampagnen und Aktionen erarbeitet und umgesetzt, die zu einer Verminderung des Fachkräftemangels führen können.

Die geplanten Maßnahmen erfolgen in einer koordinierten Fortführung der bisherigen Strategien des „Regionalen Bildungsnetzwerkes des Kreises Coesfeld“, der Projektpläne zum Leitbild „Berufs-kolleg 2024“ für die Berufskollegs und der Projektpläne für die Förderschulen, der Handlungsansätze des Jobcenters sowie der Fortführung der Unterstützungsangebote für die Fachkräftegewinnung und -sicherung bei der wfc.

(Vorgelegt gemäß § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kreises Coesfeld und seiner Ausschüsse vom 04.11.2020)

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

**TOP 2 öffentlicher Teil**

SV-10-0502

**Sachstandsbericht zum Modellvorhaben Smarte.Land.Regionen**

Zu Beginn stellt der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Josef Gochermann Helena Mense Oliveira vor. Sie besetzt seit dem 01.03.2022 die Stelle der Smart Region Koordination des Kreises Coesfeld und wird über die in Gründung befindliche Digitalagentur die Digitalisierungsstrategie 12.0 in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden umsetzen. Zudem wird Frau Kathrin Heuermann vorgestellt, die seit Juli 2021 die Projektmanagerin im Projekt Smarte.Land.Regionen ist. Weiter wird Herr Patrick Klumpe vorgestellt, der am 15.03.2022 die zweite Stelle als Projektmanager im Projekt Smarte.Land.Regionen angetreten hat. Mit dem Projekt Smarte.Land.Regionen soll im Kreis Coesfeld mehr mobiles Arbeiten ermöglicht werden, Coworking-Spaces etabliert und Coworking-Plattformen geschaffen werden.

Sodann leitet der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Josef Gochermann über zur Präsentation. Frau Heuermann präsentiert das Projekt Smarte.Land.Regionen und Frau Mense Oliveira stellt die Digitalagentur und die Digitalisierungsstrategie 12.0 vor. Die PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Anschließend bedankt sich der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann für die Präsentation.

Ktabg. Wobbe fragt nach, welche fünf Themenfelder bei der Digitalisierungsstrategie 12.0 priorisiert sind, wenn es „Gesundheit“ und „Tourismus“ nicht sind.

Frau Mense Oliveira erläutert, dass die Priorität bei den Themen „Verwaltung“, „Bildung“, „Mobilität“, „Innenstadt/Dorfmitte“ und „Wirtschaft“ liegt. Die Themen wie „Gesundheit“ und „Tourismus“ seien aber u.a. als weitere Themenfelder genannt, die weiter zu entwickeln seien.

Ktabg. Mondwurf bedankt sich für die Präsentation und sieht dadurch eine Steigerung der wirtschaftlichen Entwicklung. Problematisch sei es jedoch, die Unternehmen zu erreichen. Hier müsse man Überzeugungsarbeit leisten.

Im Projekt Smarte.Land.Regionen fehle Ktabg. Oertel die Arbeitgeberseite. Sie fragt nach, ob diese beteiligt wären, denn für die Nutzung eines Coworking-Spaces benötigen die Mitarbeiter die Zustimmung des Arbeitgebers. Es gäbe häufig Bedenken im Bereich Datenschutz.

Ktabg. Waldmann fragt nach, ob die genannten Meilensteine in Bezug auf die Digitalagentur schon zu terminieren wären.

Frau Mense Oliveira erläutert die nächsten anstehenden Termine für den Aufbau der Digitalagentur und weist darauf hin, dass darüber hinaus weitere Termine noch nicht feststünden.

Frau Heuermann antwortet auf die Frage von Ktabg. Oertel, dass die Arbeitgeber von Anfang an einbezogen wurden und sie bereits einige Interviews mit Arbeitgebern geführt habe. Sie habe dabei auch die Bedenken der Arbeitgeber vernommen. Dies sei daher ein wichtiger Ansatzpunkt, weshalb bei dem jetzt anstehenden Pilotprojekt sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber beteiligt seien. Durch das Pilotprojekt sollen gute Rahmenbedingungen aufgestellt und eine gute Argumentationsgrundlage geschaffen werden.

Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann weist darauf hin, dass die Politik gerne in die Weiterentwicklung der Digitalisierungsstrategie eingebunden werden würde. Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 4 öffentlicher Teil**

SV-10-0500

**Errichtung eines Parkhauses auf dem kreiseigenen Grundstück an der Friedrich-Ebert-Str.**

Ktabg. Lützenkirchen berichtet, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt habe und bislang zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen sei. Die Fraktion benötige noch mehr Informationen, zum Beispiel zu der Frage, wie es in Zukunft mit den Arbeitsplätzen aussehe, wenn künftig weiterhin Homeoffice sowie vermehrt die Möglichkeit zum Coworking genutzt würde. Fraglich sei, ob der Bedarf dann noch gegeben sei. Weiter wolle er wissen, welche Verzahnung es mit den weiteren geplanten Parkhäusern in der Stadt Coesfeld gäbe. Es solle überlegt werden, wie die Beschäftigten von einem Umstieg auf den ÖPNV überzeugt werden könnten.

Kreisdirektor Dr. Tepe stimmt Ktabg. Lützenkirchen zu, dass dies wichtige Fragen seien, mit denen sich die Kreisverwaltung auch auseinandersetze. Vor dem Hintergrund des Mobilitätskonzeptes der Stadt Coesfeld sei bereits Kontakt mit der Stadt aufgenommen worden. In den ersten groben Planungen des Parkhauses seien Belange verschiedener Mobilitätsformen berücksichtigt worden, wie zum Beispiel Parkplätze für E-Bikes, Lastenfahrräder etc. Der Bedarf an Parkraum sei im Vorfeld abgefragt worden. Eine genaue Einschätzung zur Entwicklung des Mobilitätsverhaltens in den nächsten 10 Jahren sei aktuell nicht möglich. Er habe jedoch festgestellt, dass viele Beschäftigte die Arbeit vor Ort im Büro dem Homeoffice vorziehen, da so bspw. Abstimmungsprozesse leichter fallen würden. Zudem werde dadurch das soziale Gefüge gestärkt. Gleichzeitig betont der Kreisdirektor, dass mit der Vorlage zunächst ein Grundsatzbeschluss gefasst werde, der dann in eine konkrete Planung münden solle.

Ktabg. Lützenkirchen erläutert ein Beispiel aus der Stadt Lüdinghausen. Dort sei seitens der Politik vorgeschlagen worden, vor Erweiterung des Rathauses Büroräume anzumieten, um die Lage zunächst zu beobachten. Ähnliches könne er sich in diesem Fall auch vorstellen.

Ktabg. Waldmann weist darauf hin, dass durch die Belegung der Parkplätze in den Wohngebieten von Beschäftigten der umliegenden Behörden die Anlieger seit längerer Zeit verärgert seien. Zudem könne er nicht nachvollziehen, wie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen sei, denn der Sachverhalt sei schon länger bekannt und bereits im Ältestenrat thematisiert worden. Er sehe in diesem Projekt eine Verbesserung für die Mitarbeitenden und Anwohnenden, sodass er heute gerne einen Grundsatzbeschluss treffen wolle.

Für Ktabg. Kleerbaum gebe es keine zwei Meinungen zu diesem Thema. Es sei selbstverständlich, dass sich die Verwaltung bspw. mit der Stadt Coesfeld abspreche sowie mit den hiesigen Fragen auseinandersetze. Das Projekt sei am Anfang und müsse Schritt für Schritt erarbeitet werden.

Ktabg. Dropmann entgegnet, dass es durchaus unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema gebe. Es seien keine zusätzlichen Parkplätze notwendig. Es werde laufend über diverse Alternativen, wie Coworking, Ausbau des ÖPNV, Bau von Radwegen, Mitfahrgelegenheiten etc., beraten. Selbstverständlich sei das Auto die bequemste Variante.

Dies seien grundsätzliche Fragen bzw. Punkte zum Thema Mobilität, so Ktabg. Kleerbaum. Parkraum in der Stadt Coesfeld sei schon lange in der Diskussion. Es habe schon einige Beschwerden seitens der Anwohner rund um das Kreishaus gegeben. Die Gemeindestraßen in den Wohngebieten würden blockiert werden.

Ktabg. Waldmann erläutert, dass neue Mobilitätskonzepte nach wie vor zu berücksichtigen seien. Dennoch sei das neue Parkhaus erforderlich. Er halte es für unverständlich, dass die Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN noch keine Haltung habe.

Die Vorlage sei 2 Wochen vor dieser Sitzung veröffentlicht worden, so Ktabg. Jansen. Vor einer Woche habe man diese innerhalb der Fraktion beraten und sei noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen.

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Gochermann fasst zusammen, dass die genauen Details zur Planung des Parkhauses noch zu klären seien. Sodann lässt er über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

### **Beschluss:**

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

Die Verwaltung wird beauftragt

1. die vorgestellte Planung für die Errichtung eines Parkhauses mit Mobilitätsstation auf dem kreiseigenen Grundstück an der Friedrich-Ebert-Str. weiter zu konkretisieren und die hierfür notwendigen Abstimmungen unter anderem mit der Stadt Coesfeld vorzunehmen, um dem Kreistag auf der Grundlage dieser Ermittlungen einen Planungs- und Finanzierungsvorschlag vorzulegen und
2. die Wirtschaftsbetriebe Kreis Coesfeld GmbH (WBC) im Rahmen einer Inhouse-Vergabe mit der Erbringung von Ingenieurleistungen zur Projektierung und Planung des Parkhauses mit Mobilitätsstation auf der Grundlage des beigefügten Vertragsentwurfs zu beauftragen.

Form der Abstimmung:	offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis:	19 JA-Stimmen
	1 NEIN-Stimme
	4 Enthaltungen

### **TOP 5 öffentlicher Teil**

SV-10-0453

#### **Beschluss zur ersten Änderung der Haushaltssatzung für das Jahr 2022 (hier: § 3 - Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen)**

Kreisdirektor Dr. Tepe erläutert, dass es sich um einen Übertragungsfehler in der Haushaltssatzung und damit um eine offensichtliche Unrichtigkeit gehandelt habe. In den Anlagen zur Haushaltssatzung sei der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen korrekt aufgeführt. Die Bezirksregierung Münster sei dieser Auffassung gefolgt. Die offensichtliche Unrichtigkeit habe keine Auswirkung auf



den Haushalt 2022, müsse jedoch per Beschluss korrigiert werden.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

### **Beschluss:**

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

§ 3 der Haushaltssatzung für das Jahr 2022 wird dahingehend geändert, dass der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 11.416.000 € festgesetzt wird.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

### **TOP 6 öffentlicher Teil**

SV-10-0487

#### **Aufhebung von Sperrvermerken im Haushaltsplan 2022 (37.000 EUR bei Investitionsnummer 160312KH01 - Lizenzen und Programme für Fachabteilungen für den Bereich Finanzwesen - digitaler Haushalt - Berichtswesen / konsumtive Ermächtigung: 10.000 EUR für Support, Wartung etc.)**

Ktabg. Vogt bedankt sich bei der Verwaltung. Die Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe habe ihm viel Spaß bereitet und es sei ein gutes Ergebnis erzielt worden. Es werde durch die Einführung der Software eine Vereinfachung für die Verwaltung, aber auch für die Politik und die Bürgerinnen und Bürger geben. Die deutliche Reduzierung der Kennzahlen sei ebenfalls zu befürworten.

Kreisdirektor Dr. Tepe erwidert den Dank von Ktabg. Vogt. Der Haushalt sei von der Bezirksregierung genehmigt, sodass nun die Aufhebung der Sperrvermerke erfolgen könne. Innerhalb der Arbeitsgruppe sei in kurzer Zeit ein gutes Ergebnis erzielt worden. Die Einführung der Software sei ein wichtiger Schritt in Richtung Digitalisierung der Kämmerei.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

**Beschluss:**

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

Mit Verabschiedung des Haushaltsplans 2022 (vgl. Beschluss des Kreistages vom 14.12.2021 - Sitzungsvorlage SV-10-0371/2) wurden bei der Investitionsnummer 160312KH01 - Lizenzen und Programme für Fachabteilungen (Investive Ermächtigung in Höhe von 37.000 € im Bereich Finanzwesen – digitaler Haushalt – Berichtswesen, vgl. Seite 402) und den mit der Realisierung dieser Investition verbundenen Aufwendungen (konsumtive Ermächtigung in Höhe von 10.000 €, zum Beispiel für Support, Wartung etc., vgl. Seite 410) Sperrvermerke angebracht.

Diese Sperrvermerke werden unter der Voraussetzung aufgehoben, dass die Haushaltssatzung für das Jahr 2022 (nebst Haushaltsplan 2022) nach einem abgeschlossenen aufsichtsbehördlichen Anzeige- und Genehmigungsverfahren Rechtswirksamkeit erlangt hat.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

**TOP 7 öffentlicher Teil**

SV-10-0518

**Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel zur Bewältigung des Zuzugs ukrainischer Staatsangehöriger**

Kreisdirektor Dr. Tepe zeigt sich schwer erschüttert über die Ereignisse in der Ukraine. Mithilfe der außerplanmäßigen Finanzmittel in Höhe von 2 Mio. € solle in Absprache mit den Städten und Gemeinden eine „Übergangsunterkunft/Puffereinrichtung“ eingerichtet werden, in der eine vorübergehende Aufnahme und Versorgung der geflüchteten Menschen durch den Kreis Coesfeld sichergestellt werde. Es solle damit eine erste Anlaufstelle für die Flüchtlinge geschaffen werden.

Es sei Wahnsinn, was aktuell in Europa geschehe, so Ktabg. Waldmann. Er befürworte die außerplanmäßige Bereitstellung der Finanzmittel. Es sei beeindruckend, was die Verwaltung in allen Bereichen bereits auf den Weg gebracht habe.

Abschließend lässt der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen.

**Beschluss:**

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

Für Maßnahmen zur vorübergehenden Aufnahme und Versorgung von Menschen, die wegen des Krieges aus der Ukraine geflohen sind, werden außerplanmäßig Finanzmittel in Höhe von 2,0 Mio. Euro bereitgestellt.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

## **TOP 8 öffentlicher Teil**

### **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates**

Kreisdirektor Dr. Tepe trägt folgende Mitteilungen vor:

#### **Mehrkosten im ÖPNV durch die Entwicklung des Dieselpreises**

„Die in den letzten Tagen rasant gestiegenen Energiekosten bringen auch den ÖPNV in Bedrängnis. In einer Mitteilung vom 16.03.2022 weist der RVM darauf hin, dass die Planungen laut Wirtschaftsplan von den aktuellen Marktpreisen von Diesel deutlich abweichen. Neben den Mehrkosten für die eigenen Fahrzeuge kämen auch Mehrkosten bei den Subunternehmern zusammen.

Durch die Regelungen im Öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDA) besteht für den Kreis eine Ausgleichspflicht, die unmittelbar den Kreishaushalt belastet. In welchem Umfang dies zu besorgen ist, kann derzeit noch nicht beantwortet werden.

Neben den ÖDA-Leistungen sind auch eigenwirtschaftliche Verkehre im Kreis vergeben. Diese Unternehmen haben sich bereits bei den zuständigen Gremien gemeldet, um Ausgleichsleistungen zu erhalten oder die Tarifmaßnahme, die zum 01.08.2022 greift, nach oben zu verändern. Die Diskussionen hierzu sind noch nicht geführt.

Ob Unternehmen ihre Konzessionen zurückgeben, ist derzeit nicht absehbar. In diesem Fall wären ggfls. Notvergaben zu tätigen, die den Kreishaushalt ebenfalls belasten würden. Die Verwaltung wird spätestens in der nächsten Beratungskette in den zuständigen Ausschüssen zum aktuellen Sachstand berichten.

Offen ist derzeit auch, ob es Rettungsschirme von Bund und/oder Land geben wird.,,

#### **Kosten für den Betrieb des Impfzentrums im Kreis Coesfeld**

„In einem im Januar 2022 veröffentlichten Zeitungsbericht wurden die Kosten für die Impfzentren in NRW ausgewiesen. Für das Impfzentrum im Kreis Coesfeld wurden dort Kosten in Höhe von ca. 9 Mio. € angegeben. Hierbei handelt es sich um vorläufige Zahlen, die das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW ermittelt und an die Presse herausgegeben hat. Weder die Bezirksregierung Münster noch die jeweiligen Gesundheitsämter waren darüber informiert.

Auf Nachfrage beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW werden die vorläufigen Gesamtkosten für den Betrieb des Impfzentrums im Kreis Coesfeld in Dülmen auf rund 9,3 Mio. € geschätzt. Darin enthalten sind die beim Kreis Coesfeld bis zu dem Zeitpunkt angefallenen Kosten in Höhe von ca. 2,7 Mio. €, wovon ca. 60 % Aufwendungen für Personal (einschließlich Beauftragung Dritter) darstellen. Ca. 5,9 Mio. € der Gesamtkosten sind Personalkosten, die bei der Kassenärztlichen Vereinigung angefallen sind und ca. 0,7 Mio. € sind Personal- und Sachkosten, die über die Apothekenkammer gemeldet wurden.

Laut Kostenaufstellung der Abt. 53 - Gesundheitsamt hat der Kreis Coesfeld von der Bezirksregierung Münster insgesamt aktuell bereits Abschläge in Höhe von 2.389.000 € erhalten, ausstehend ist noch ein Betrag in Höhe von 536.519,25 €. Dieser Resterstattungsbetrag wurde nun auch mit Bescheid der

Bezirksregierung Münster vom 16.02.2022 festgesetzt. In der Summe hat der Kreis Coesfeld somit 2.925.519,25 € bei der Bezirksregierung Münster geltend gemacht.“

### **Projekt zur Umsetzung eines kommunalen Nachhaltigkeitshaushaltes beim Kreis Coesfeld**

„Durch eine wirkungsorientierte Haushaltssteuerung soll sichergestellt werden, dass die Bedürfnisse jetziger Generationen befriedigt werden, ohne zu riskieren, dass die Bedürfnisse künftiger Generationen gefährdet werden. Die Verteilung von Finanzmitteln an ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeitszielsetzungen auszurichten, ist der Kerngedanke eines kommunalen Nachhaltigkeitshaushaltes. Konkret sichtbar wird dies, wenn zum Beispiel auf der Ebene der Produkte Nachhaltigkeitszielsetzungen durch entsprechende Kennzahlen bzw. in nichtmessbaren Bereichen durch entsprechende Indikatoren ausgewiesen werden.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21), die durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MULNV NRW) gefördert wird, hat seit dem Jahr 2017 während zweier Projektphasen in Kooperation mit mehreren nordrhein-westfälischen Modellkommunen (Kooperationspartner der ersten Projektphase waren der Kreis Unna und die Stadt Köln; Kooperationspartner in der zweiten Projektphase waren die Städte Bonn, Jüchen und Lüdenscheid) in Pilotämtern der jeweiligen Verwaltungen Erfahrungen in der Umsetzung eines kommunalen Nachhaltigkeitshaushalt gesammelt. Ein Erfahrungsbericht zur zweiten Projektphase ist unter [lag21.de/files/nachhaltigkeitshauhalt](http://lag21.de/files/nachhaltigkeitshauhalt) abrufbar.

In Kürze wird die LAG 21 eine dritte Projektphase zur Umsetzung eines kommunalen Nachhaltigkeitshaushaltes starten. Gegenstand dieses Projektes ist nicht mehr nur die Umsetzung des kommunalen Nachhaltigkeitshaushaltes in ausgewählten Pilotämtern, sondern die flächendeckende Implementierung im Gesamthaushalt. Wie im Rahmen einer am 25.02.2022 von der LAG 21 durchgeführten Informationsveranstaltung dargestellt wurde, wird hierzu von der LAG 21 im Rahmen eines Bewerbungsverfahrens eine Modellkommune ausgewählt, die idealerweise bereits über eine integrierte und politisch legitimierte Nachhaltigkeitsstrategie verfügt sowie Erfahrungen mit einer wirkungsorientierten Steuerung gesammelt hat. Zugleich wurde während der Informationsveranstaltung ebenfalls die Option aufgezeigt, dass die LAG 21 gegen Entgelt auch Aufträge wahrnimmt, um eine gezielte Expertise im Umstellungsprozess auf einen kommunalen Nachhaltigkeitshaushalt bereitzustellen.

Das Grundprinzip der Nachhaltigkeit mit dem Kreishaushalt stärker als bislang geschehen zu verzahnen, soll perspektivisch erarbeitet werden. Die Verwaltung wird der Politik zu den Haushaltsberatungen des Haushaltes für das Jahr 2023 einen Vorschlag unterbreiten, in welcher Form und in welchem Umfang der Kreishaushalt unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten fortentwickelt werden kann.“

## **TOP 9 öffentlicher Teil**

### **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Ktabg. Mondwurf stellt eine Anfrage zu der Reduzierung der Funklöcher von 36 auf 24. Er halte dies für zu gering und nicht hinnehmbar. Die Reduzierung sei bspw. wichtig für die Versorgung von Coworking-Spaces etc. Er bittet um regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung.